



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 01. Februar 2025 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es war eine denkwürdige Plenarwoche, die lange in Erinnerung bleiben wird. Doch bevor ich zu den offensichtlichen Themen komme, will ich meine ersten Zeilen der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus widmen, die in der aufgeheizten Berichterstattung und den sich überschlagenden Ereignissen in den Hintergrund geraten ist.

„Ich stehe heute vor Ihnen als Person, die eine der grausamsten Seiten der Menschheitsgeschichte durchlebt hat“, leitete der 88-jährige Holocaust-Überlebende aus Odessa, Roman Schwarzmann, seine Rede ein. Er ist als einer der letzten jüdischen Zeitzeugen in der Ukraine aktiv und leistet als Vorsitzender des ukrainischen Verbandes für jüdische KZ- und Ghetto-Überlebende wichtige Erinnerungsarbeit. Seine Rede im Bundestag anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz hat mich tief berührt. Er schilderte seine schrecklichen Erlebnisse ungeschminkt: „Ich erinnere mich an die Maisfelder, durch die wir vor Soldaten mit Maschinengewehren flohen, und an Hunderte, Tausende Leichen von Zivilisten, die auf dem Boden liegenblieben, als wir weitergingen, um zu überleben.“ Seine Realität in den Fängen der Nationalsozialisten beschrieb er als „Jahre voller Erniedrigung, Schmerzen, Läuse und mit ständigem Hunger.“

Kurz vor Ende seiner Rede stellte Schwarzmann fest: „Damals wollte Hitler mich töten, weil ich Jude bin. Heute versucht Putin mich zu töten, weil ich Ukrainer bin“. Er appellierte an den Deutschen Bundestag, die Ukraine-Unterstützung nicht einbrechen zu lassen und dem verbrecherischen Krieg Putins durch klare Haltungen, Entscheidungen und Hilfen von deutscher Seite zugunsten der Ukraine entgegenzutreten. Sein Appell wird mir bei meiner außenpolitischen Arbeit und in meiner Unterstützung für das bedrohte ukrainische Volk eine nachdrückliche Wegweisung bleiben. Für mich folgt aus dieser wichtigen Erinnerungsarbeit, aus dem Gedenken an die Opfer des NS-Regimes und aus dem Bewusstsein über die historischen Zusammenhänge, die die Machtergreifung der NS-Herrschaft möglich gemacht haben: Rechtsextreme Kräfte dürfen nicht in die Lage versetzt werden, in diesem Land jemals wieder etwas zu sagen zu haben!

Die öffentliche Berichterstattung war geprägt von den Abstimmungen zur Migrationspolitik in Deutschland. In diesem Newsletter möchte ich Ihnen gerne unsere Anträge sowie den Gesetzentwurf inhaltlich darstellen. Zugleich stelle ich klar: Es gibt keine Aufweichungen meiner und unserer Position in Bezug auf die AfD. Mit ihr wird es niemals eine Zusammenarbeit oder eine Koalition geben.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Grundsätzliche Anmerkungen zur migrationspolitischen Debatte im Bundestag
- Antrag: Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit
- Antrag: Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration
- Gesetzentwurf: Zustrombegrenzungsgesetz

Grundsätzliche Anmerkungen zur Debatte

Wahrscheinlich wurde selten zuvor eine Bundestagsdebatte mit so einer breiten Aufmerksamkeit verfolgt, wie in der vergangenen Woche. Nach den Abstimmungen von Mittwoch sowie der hitzigen Debatte am Freitag haben mich zahlreiche Zuschriften, zustimmende wie kritische oder besorgte, erreicht. Ich danke denjenigen, die mir ihre Zustimmung übermittelt haben und will zugleich denjenigen, die kritisch, skeptisch oder besorgt waren, zurufen: Ich höre auch Ihre Stimmen und will daher mit dieser Stellungnahme eine sachliche Einordnung über die Vorgänge und die Inhalte unserer Anträge und unseres Gesetzesentwurfs in dieser Woche vornehmen.

Meiner erläuternden Stellungnahme stelle ich voran: Die CDU ist eine staatstragende Partei, deren erster Parteivorsitzender und Gründungskanzler Konrad Adenauer zugleich einer der Väter unseres Grundgesetzes war. In dieser Tradition verbietet es uns unsere politische DNA, unser historisch gewachsenes Selbstverständnis und unser christlich-ethisches Fundament, jemals mit einer in Teilen rechtsextremen und menschenfeindlichen Partei wie der AfD zusammenzuarbeiten oder gar eine Koalition einzugehen. Der von der AfD propagierte Hass, die offen zur Schau getragene Menschenfeindlichkeit und der blanke Rassismus, der in weiten Teilen dieser Partei verbreitet ist, verbietet jede Form der Zusammenarbeit!

Keiner, der mich persönlich kennt, der um meine Sozialisation und um meine Bekenntnis zum christlichen Menschenbild weiß, würde je behaupten, dass ich für eine Kooperation, Duldung oder sonst geartete Zusammenarbeit mit dieser Partei zur Verfügung stünde. Und kein Spitzenpolitiker in Deutschland hat sich in der Deutlichkeit, Häufigkeit und Entschiedenheit von der AfD abgegrenzt, wie es Friedrich Merz mehrfach gemacht hat.

Die neuerlichen Deutungsversuche und böswilligen Interpretationen von SPD und Grünen, die uns in eine rechte Ecke rücken möchten, finde ich empörend und diffamierend. Es bleibt bei meiner Bewertung der AfD: Sie ist eine widerliche Partei, die den Entwicklungsperspektiven in unserem Land einen irreparablen Schaden zufügen würde. Aber: verantwortungsvolle Demokraten begingen einen Fehler, wenn sie aus Sorge um Zustimmung durch die Falschen das Richtige unterließen. Deswegen waren die ergebnisoffenen Abstimmungen in der Sache notwendig, sie haben eine Debatte im Parlament zutage geführt und dienen jetzt als wichtige Grundlage für die Wahlentscheidung auf der Basis erkennbarer inhaltlicher Unterschiede. Die mediale Auseinandersetzung fokussiert sich aber zu meinem Bedauern viel zu wenig auf die konkreten Inhalte unserer zur Abstimmung gestellten Vorhaben. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, das Entscheidungsverfahren und die Inhalte im Einzelnen ausführlicher darzustellen und einzuordnen. Die Erhebungen zeigen: Die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter den zentralen Inhalten unserer gesetzlichen und politischen Forderungen. •

Der Anlass unserer Anträge und warum es keine Zusammenarbeit mit der AfD gibt!

Die abscheuliche Mordtat von Aschaffenburg, bei der zwei kleine Kinder Opfer eines brutalen Messerangriffs wurden, hat Trauer und Bestürzung in ganz Deutschland ausgelöst. Der Mord an einem der Kinder sowie an einem erwachsenen Mann, der zur Hilfe eilte und dafür mit seinem Leben bezahlte, verdeutlicht eine neue Dimension der Gewalt auf Deutschlands Straßen. Aschaffenburg reiht sich ein in die Terroranschläge von Mannheim und Solingen und den Angriff auf dem Weihnachtsmarkt von Magdeburg. Bei dem Täter handelt es sich um einen 28-jährigen afghanischen Asylsuchenden ohne Schutzanspruch, der ausreisepflichtig war. Er war zuvor bereits mehrfach durch Gewaltdelikte auffällig geworden. Trotz vorübergehender Einweisung in psychiatrische Einrichtungen und bestehender Ausreisepflicht lief er frei herum.

Deutschland ist ein offenes, hilfsbereites und humanitär verantwortungsvolles Land. Aber die erhebliche Migration nach Deutschland überlastet nicht nur die Kommunen und Landkreise, sondern auch die Schulen, Gesundheits- und Sozialsystem. Die Integrationsfähigkeit ist angesichts der massenhaften Einwanderung stark gemindert und weltweit hat die Migrationspolitik die Bevölkerungen polarisiert und auch politisch radikalere Kräfte in Regierungsverantwortung gebracht. Vor allem dort, wo es demokratische Parteien nicht vermocht haben, Lösungen zu formulieren und Verbesserungen zu erreichen.

Wir wollen und müssen genau das verhindern! Es gibt keinen besseren Einsatz für die Demokratie als die aufrechte, mitunter auch schmerzhafteste Problemlösung. Aber: Es wurde zu keinem Zeitpunkt an der klaren Abgrenzung zur AfD gerüttelt. Vielmehr haben wir als größte Oppositionspartei des Deutschen Bundestages in Anträgen und Gesetzentwürfen die Inhalte ins Parlament gebracht, die von uns und der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes für richtig und wichtig erachtet werden. Das ist in einem freigewählten Parlament ein entscheidender Unterschied! Er drückte sich auch auf der Arbeitsebene konkret aus. Während SPD, Grünen und FDP unsere Anträge und Gesetzentwürfe im Vorfeld zugeleitet wurden, gab und gibt es mit der AfD keinerlei Gespräche, Absprachen oder Vereinbarungen. Die Zustimmung zu unseren Anträgen und dem Gesetzentwurf hat die AfD aus rein taktischen Gründen vorgenommen, um einen bestimmten Eindruck zu erzeugen und die öffentliche Debatte zu manipulieren. Denn bereits in den Anträgen wurde von uns eine inhaltlich glasklare Abgrenzung zur AfD vorgenommen:

„Wer die illegale Migration bekämpft, entzieht auch Populisten ihre politische Arbeitsgrundlage. Die AfD nutzt Probleme, Sorgen und Ängste, die durch die massenhafte illegale Migration entstanden sind, um Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Verschwörungstheorien in Umlauf zu bringen. (...) All das gefährdet Deutschlands Stabilität, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb ist diese Partei kein Partner, sondern unser politischer Gegner.“ •

Antrag:

Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration

In unserem Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ haben wir die zentralen Forderungen unseres Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz aufgegriffen:

- Dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Staatsgrenzen und Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche illegaler Einreise
- Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden
- Der Bund soll die Länder beim Vollzug der Ausreisepflicht noch mehr als bisher unterstützen, indem Bundesausreisezentren geschaffen werden
- Die Bundespolizei soll zudem die Befugnis erhalten, bei ausreisepflichtigen Personen auch selbst und unmittelbar Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam zu beantragen
- Außerdem sollen ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden kann

Dieser Antrag hat am Mittwoch – gegen die Stimmen von Rot-Grün – eine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten. •

Antrag:

Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit

In unserem Antrag „Für einen Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit“ haben wir in 27 Forderungspunkten im Detail aufgelistet, welche weiteren Maßnahmen für eine Wiederherstellung der Inneren Sicherheit erforderlich sind. Zu unseren wichtigsten Forderungen gehören:

- Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität – insbesondere von Terrorverbrechen und Kinderpornografie
- zeitgemäße technische Befugnisse für die Sicherheitsbehörden
- Änderungen im Strafrecht, um den Schutz von besonders vulnerablen Personen, vor allem von Frauen, älteren Menschen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und anderen besonders gefährdeten Menschen zu verbessern
- Verbesserung des Schutzes von Polizeibeamten, Rettungskräften und Angehörigen der Gesundheitsberufe
- Regelungen zur Ausweisung nachschärfen und Abschiebebehörden senken, um Straftäter oder Gefährder schneller und konsequenter auszuweisen

Dieser Antrag hat am Mittwoch – gegen die Stimmen von Rot-Grün – keine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten. •

Gesetzentwurf:

Zustrombegrenzungsgesetz

Mit unserem bereits nach dem Messeranschlag in Solingen eingebrachten Entwurf für ein Zustrombegrenzungsgesetz haben wir drei zentrale, schnell wirksame Maßnahmen vorgeschlagen:

- Wiedereinführung des Regelungsziels der „Begrenzung“ im Aufenthaltsgesetz. Das bedeutet, dass Behörden sich bei Ermessensentscheidungen im Aufenthaltsrecht gerade an dem Ziel der „Begrenzung“ der Migration orientieren müssen.
- Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten – also zu solchen Asylsuchenden, die nicht individuell verfolgt werden, sondern nur vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten – wollen wir beenden.
- Mehr Kompetenzen und Befugnisse für die Bundespolizei beim Vollzug des Aufenthaltsrechts.

Unser Gesetz hat keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gefunden, da SPD und die Grünen ihre Stimmen verweigert haben. Bis zur letzten Minute haben wir versucht, Sozialdemokraten und Grüne zum Handeln zu bewegen. Wir haben eine Mehrheit in der demokratischen Mitte des Bundestags gesucht, um einen Schritt in die richtige Richtung hin zu einer echten Asylwende in Deutschland zu vollziehen. SPD und die Grünen haben Taktik und Wahlkampf den Vorrang gegeben. •

Abschließende Bewertung

Ich bin enttäuscht, dass Sozialdemokraten und Grüne keine Verantwortung für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit in Deutschland übernommen haben. Nach den schrecklichen Taten an Orten wie Aschaffenburg und Magdeburg erwarten die Menschen konkrete Lösungen. Die Menschen erwarten dabei eine Entscheidungsfähigkeit der politischen Mitte – und dieser Verantwortung sind SPD und Grüne heute nicht nachgekommen.

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger duldet keinen Tag Aufschub. Ohne Schutz vor Gewalt, Terror und Kriminalität kann kein Mensch in einem freien, demokratischen Staat selbstbestimmt leben. Sicherheit ist keine Einschränkung der Freiheit, sondern ihre Voraussetzung. Daher ist es die vordringlichste Aufgabe des Staates, seinen Bürgerinnen und Bürgern diese Sicherheit zu garantieren.

Ohne Zweifel: Die Demokratie ist in Gefahr, wenn Radikale an die Macht kommen. Deshalb werden meine Fraktion und ich persönlich alles tun, um genau das zu verhindern! Die Vermutungen und die Spekulationen, die Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung am Mittwoch angestellt hat, halte ich für niederträchtig und infam. Die Demokratie gerät auch in Gefahr, wenn eine gesellschaftliche und politische Minderheit – und SPD und Grüne sind eine kleiner werdende gesellschaftliche und politische Minderheit – eine Politik gegen den eindeutigen Willen der Mehrheit der Bevölkerung macht. •